BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV Westerwald • Postfach 134 • 56221 Ransbach-Baumbach

Kreisverband Westerwald
Postfach 1 34
56221 Ransbach-Baumbach

Mail: info@gruene-ww.de
Web: www.gruene-ww.de

PRESSEMITTEILUNG

Montabaur, 25.11.2026

Kreismitgliederversammlung: Grüne Westerwald nehmen früh Kurs auf die Kommunalwahl 2029 und starten mit Mitgliedern in den Programmprozess

Radverkehr, erneuerbare Energien, Ehrenamt, lebendige Dorfkerne und eine sichere Gesundheitsversorgung: Diese Themen stehen für viele Westerwälder Grüne mit Blick auf die Kommunalwahl 2029 weit oben in der Prioritätenliste. Das haben die Mitglieder auf der letzten Kreismitgliederversammlung des Jahres am 20.11.26 in Westerburg deutlich gemacht. Schon im Jahr 2027 – gut zwei Jahre vor der Wahl – wollen die Grünen in den Programmprozess starten.

Die Mitglieder benannten erhebliche Defizite beim Radverkehr und den langsamen Ausbau der erneuerbaren Energien. Ebenso beschäftigt sie, dass das Ehrenamt – das Rückgrat vieler Dörfer – unter Druck gerät, weil finanzielle Spielräume fehlen oder Unterstützung wegbricht. Genau in diese Lücke versuchen nach Beobachtung der Mitglieder rechtsextreme Vertreterinnen und Vertreter der AfD mit eigenen Angeboten zu stoßen. Hinzu kommt die Frage, wie sich Dorfkerne durch Flächenumwidmung und Umnutzung langfristig erhalten lassen und wie dort für junge wie ältere Menschen ein lebenswertes Umfeld entsteht. Dazu gehört auch die Sicherung der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung in den verschiedenen Teilen des Westerwalds.

Der Kreisvorstand greift die von den Mitgliedern gesetzten Schwerpunkte nun auf und arbeitet sie Anfang 2027 in einer Klausurtagung weiter aus. Darauf aufbauend sollen Gesprächsformate entstehen, in denen die Grünen vor Ort erfahren wollen, was den Bürgerinnen und Bürgern bei diesen Themen wichtig ist und welche Wünsche sie an die Kommunalpolitik haben. Nicht am Schreibtisch, sondern im Gespräch soll so Schritt für Schritt eine grüne Vision für den Westerwald in den 2030er Jahren entstehen.

„Wir wollen nicht erst im Wahlkampf an Haustüren klopfen, sondern schon vorher zuhören. Wir möchten frühzeitig mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ins Gespräch kommen: Was macht für sie einen lebenswerten Westerwald aus, und wie stellen sie sich ihren Ort in Zukunft vor? Diese Vorstellungen sollen in unsere Arbeit für die Kommunalwahl einfließen“, betont Kreissprecher André Butscheike.

Finanziell ist der Kreisverband dafür gut aufgestellt: Kreisschatzmeister Marlon Wrasse legte mit dem Haushaltsabschluss 2026 und dem Haushalt 2027 sehr erfreuliche Zahlen vor. Dazu trägt auch das Mitgliederwachstum der vergangenen Jahre bei. Die solide Finanzlage eröffnet Spielräume, grüne Politik im Westerwald auch zwischen den Wahlkämpfen sichtbar zu machen – mit Veranstaltungen, Aktionen und Kampagnen, etwa zur Gewinnung neuer Mitglieder. Zugleich schafft sie Reserven für die Wahlkämpfe 2029.

Einen Blick über den Westerwald hinaus lieferten die Berichte aus Brüssel und Mainz. Die Europaabgeordnete Jutta Paulus schilderte, wie rechtsextreme Parteien im Europäischen Parlament gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Volkspartei (EVP), der auch CDU und CSU angehören, Klima- und Naturschutzmaßnahmen abbauen oder verhindern wollen. Der Landtagsabgeordnete Carl-Bernhard von Heusinger kritisierte den schleppenden Start der neuen schwarz-roten Landesregierung: Trotz einer gerade auf den Weg gebrachten Rekordverschuldung fließe nur wenig Geld in die Zukunft des Standorts Rheinland-Pfalz – in Infrastruktur, Wirtschaft und Klimaschutz.

Breiten Raum nahm zudem die Diskussion über die zunehmenden Angriffe von rechtsextremen Kräften im Westerwald auf zivilgesellschaftliches Engagement ein. Inzwischen werden auch einzelne Personen gezielt öffentlich diffamiert – mit einem klaren Ziel: einschüchtern, zermürben, zum Rückzug drängen. Wer sich im Westerwald für Demokratie und Zusammenhalt einsetzt, soll sich deshalb auf die Unterstützung der Grünen verlassen können.

Konkret wollen die Grünen Personen und Organisationen, die in Medien oder sozialen Netzwerken von Rechtsextremen angegriffen werden, das Gespräch anbieten und ihnen – wenn gewünscht – auch öffentlich den Rücken stärken. Zudem will der Kreisverband weiterhin Veranstaltungen organisieren und unterstützen, die die Zivilgesellschaft im Westerwald zusammenbringen. Dafür sollen ausdrücklich auch Vertreterinnen und Vertreter der CDU gewonnen werden.

„Wer sich vor Ort für Demokratie und ein gutes Miteinander einsetzt, darf damit nicht allein bleiben. Wenn Rechtsextreme einzelne Menschen an den Pranger stellen, um sie zum Schweigen zu bringen, stehen wir an ihrer Seite – und laden alle demokratischen Kräfte ein, das gemeinsam mit uns zu tun“, so Kreissprecherin Alexandra Abresch-Cäsar.

Auch in den kommunalen Gremien wollen die Grünen deutlicher machen, wer dort für die Menschen arbeitet – und wer nur Platz nimmt, um Sitzungsgelder zu kassieren. Nach ihrer Erfahrung bringen sich die Vertreterinnen und Vertreter der rechtsextremen AfD kaum aktiv ein, sitzen ihre Zeit im Kreistag ab und sind häufig inhaltlich schlecht vorbereitet. Per Antrag soll dementsprechend geprüft werden, ob beispielsweise die Sitzungen des Kreistags künftig per Videostream übertragen werden und anschließend abrufbar bleiben – ähnlich wie dies im Koblenzer Stadtrat bereits seit mehreren Jahren praktiziert wird –, damit sich alle Bürgerinnen und Bürger selbst ein Bild machen können.

Autor: Kreisvorstand KV Westerwald